

Der Einwohnerantrag				
Die Gemeindeversammlung ist die mündliche, der <u>Einwohnerantrag</u> die schriftliche Möglichkeit der Subsidiarität für die Anwohner.				
Der Einwohnerantrag ist ein gesetzlicher Auftrag von den Anwohnern an die GEMEINDEVERWALTUNG	Der ANWOHNER (<i>Allgemeinheit</i>) agiert mit seiner natürlichen Person über die juristische Person „Einwohner“ völkerrechtlich.	<i>Die Kennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde als international anerkanntes Friedensgebiet</i> LINK .	Die private Kreisgemeinde wird öffentlich-rechtliche <u>BUNDESGEMEINDE</u> und erhält bundesstaatliche Fördermittel.	Die Kennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde als Friedensgebiet beendet den weltweiten juristischen Kriegszustand von 1914.
Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. <i>Artikel 28 GG</i>				
Benötigte Dokumente <u>Einwohnerantrag</u> Der Einwohnerantrag ist ein <i>legislativer</i> Beschluss von den Anwohnern an die GEMEINDE. Ist das nötige Quorum erreicht, ist der Beschluss bindend für die GEMEINDEVERWALTUNG. Die Prüfung und Umsetzung muss innerhalb von 3 Monaten erfolgen.	gesetzliche Grundlagen <u>Bundesebene</u> BGB § 1, ROG § 2 Grundgesetz Artikel 28, 70, 72, 79, 116 Abs. 2 Satz 2, 123, 139 <u>Landes- und Gemeindeebene</u> Gemeindeordnungen der Länder, Landesverfassungen, <u>Einwohnerantrag-gesetzliche-grundlagen.pdf</u>	völkerrechtliche Kennzeichnung <u>Beispiel Ortseingang</u> Bundesflagge von <u>1996</u> Bundeswappen von <u>1952</u> Kennzeichen D von 1910 Gemeindewappen zentriert auf der weißer Flagge, Ortstafel, <u>Grenzstein</u> ,	Allgemeines <i>Die Gemeindeversammlung ist ein direktdemokratisches Organ mit legislativer Beschlusskraft. Es ist die direkte Zusammenkunft aller stimmberechtigter Einwohner der Gemeinde zur gemeinsamen Beratung und Entscheidung über gemeindliche Angelegenheiten, wie z.B. die Ortskennzeichnung.</i>	<i>Der Gemeinderat ist die gewählte politische Vertretungen. Die Gemeindeverwaltung ist die ausführende Gewalt (Exekutive). Der Bürgermeister kann als Fürsprecher der Angelegenheit BUNDESGEMEINDE Einfluss nehmen und die <i>gewöhnliche Gemeindeversammlung</i> einberufen.</i>
In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten. <i>Artikel 28 GG</i>				
Schritt 1 Herbeiführung der Öffentlichkeit durch 3 PERSONEN, welche als Initiatoren, Ansprechpartner und Organisatoren in der Sache gelten. a) Ausdrucke und Kopien b) Unterschriften sammeln c) Quorum erfüllen	Schritt 2 Die Gemeindegröße ergibt das notwendige Quorum. Damit der Einwohnerantrag ein legislativer Beschluss wird, muss das Quorum erfüllt sein. <i>3% bis 10.000 Einwohner</i> <i>1,5 % über 10.000 Einwohner</i>	Schritt 3 Übergabe des legislativen Beschlusses mit Unterschriften in Kopie und Begleitschreiben an die GEMEINDEVERWALTUNG zur Überprüfung. a) Einberufung einer <i>außerordentlichen Gemeindeversammlung</i> i.d. Sache.	Schritt 4 Die GEMEINDEVERWALTUNG muss den Einwohnerantrag innerhalb von 3 Monaten auf <i>Form, Richtigkeit und Zuständigkeit</i> überprüfen und einen Bescheid ausstellen. Ein negativer Bescheid: <i>Die angegebene Gründe sind zu beseitigen.</i>	Schritt 5 Ein positiver Bescheid: Die GEMEINDEVERWALTUNG setzt den legislativen Beschluss um. Die Ortschaft wird internationales Friedensgebiet, aus der Kreisgemeinde wird eine BUNDESGEMEINDE mit Zugriff auf das Sondervermögen (Kollateral) über die KÄMMEREI.
Die Organisation, Umsetzung und Verantwortung des Einwohnerantrages liegt bei den Anwohnern der GEMEINDE <u>L R P</u>				
Die Gemeindeversammlung ist die <i>mündliche</i> , der Einwohnerantrag die <i>schriftliche</i> Möglichkeit der Subsidiarität für die Anwohner.	<u>Anwohner am Wohnort</u> Allgemeinheit m a x m u s t e r Muster, Max	natürliche Person am Wohnsitz Familiename, Vorname = M u s t e r , Max / Muster , Max = MAX MUSTER (<i>kodifiziert</i>)	Einwohner in Wohnhaft juristische Person „Einwohner“ der GEMEINDE im Melderegister. <i>Muster, Max</i>	öffentlich-rechtlicher Name Name: MUSTER Vorname: MAX MUSTER, MAX

Initiatoren. **Einwohnerantrag** - internationales Friedensgebiet, völkerrechtliche Gebietskennzeichnung, bundesstaatliche Fördergelder mit Anlagen und Anleitung.
Anlagen und gesetzliche Grundlage: Gemeindeordnung des Landes, Grundgesetz Artikel 25, 28, 70, 72, 79, 116 (2) Satz 2, u.a.. Salvatorische Klausel. Etwaige Fehler oder Mängel berühren die Wirksamkeit im Ganzen nicht.

Der unterzeichnende Einwohner unterbreitet dem Gemeinderat folgendes Anliegen

zur fristgerechten Umsetzung: Die völkerrechtlich und international anerkannte Kennzeichnung von Ortschaft und Gemeinde als **Friedensgebiet** mit Grenzsteinsetzungen, neuer Liegenschaft und eigener Grundstücksverwaltung zur Förderung des Gemeinwesens, der örtlichen und regionalen Wirtschaft und zum Wohle der **Allgemeinheit**. Eine völkerrechtliche und international anerkannte Kennzeichnung von Ortschaft und Gemeinde als **Friedensgebiet** unter Berücksichtigung des Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzips verbindet das **Gemeindegebiet** mit dem **Bundesgebiet**. Die Anbindung des **Gemeindegebietes** als internationales **Friedensgebiet** an das **Bundesgebiet** ermöglicht der Gemeinde bundesstaatliche Leistungen aus unerschlossenen **Bundesmitteln** zu erhalten. Die neu erschaffene Liegenschaft über die Grenzsteinsetzung mit örtlicher Grundstücksverwaltung sichert zudem die nachhaltige Daseinsvorsorge nach **§ 2 ROG**, öffentliche und private Vermögenswerte und schützt *Privatbesitz* vor Enteignung.

Die Kennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde als **Friedensgebiet** eröffnet für die Gemeinde und die Region neue Investitions- und Kapitalmöglichkeiten durch bisher nicht genutzte *bundesstaatliche Fördergelder*.

Begründung: Aktuelle militärische Konflikte und wirtschaftliche Krisen und Konflikte zeigen die Notwendigkeit völkerrechtliche und international anerkannte **Friedensgebiete** allgemein sichtbar und juristisch begehbar zu machen.

Das GRUNDGESETZ der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ermöglicht nach *Artikel 28* der selbstbestimmten Gemeinde alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Der **unterzeichnende Einwohner** nimmt hiermit die grundgesetzliche Möglichkeit nach *Artikel 28* in Anspruch und **beschließt** zur Wahrung der **Friedensregelung** nach GRUNDGESETZ *Artikel 79*, zur Förderung der demokratisch pluralistischen Gesellschaftsform, zur Stärkung örtlicher und regionaler Wirtschaft die Ortschaft und Gemeinde als völkerrechtliches **Friedensgebiet** zu kennzeichnen und durch Grenzsteinsetzungen eine neue Liegenschaft (*Grundstück*) zur Selbstverwaltung zu begründen. Die bisherige Gebietskennzeichnung der Gemeinde durch die Ortsschilder wird erweitert durch zweiseitige Ortstafeln mit Gemeindewappen in grüner Schrift auf weißem Hintergrund mit zweifach Beflaggung an den Ortseingängen und einer dreifach Beflaggung am Rathaus, wie es **Anlagen und Anleitung zum Einwohnerantrag** darlegen.

Zur erweiterten Gebietskennzeichnung an den Ortseingängen folgen vier weitere Grenzsteinsetzungen, welche das gesamte **Gemeindegebiet** markieren und damit als die Liegenschaft und das Grundstück der Ortschaft, der Einwohner und Gemeinde kennzeichnen.

Empfangsbekanntnis

An den Gemeinderat der Gemeinde

Anschrift Gemeindeverwaltung:

Einwohnerantrag eingegangen zum:

Einwohnerantrag angenommen

von (Name, Vorname):

Unterschrift und Stempel.

Ja, ich stimme dem Anliegen des Einwohnerantrages zu. Mein Hauptwohnsitz liegt in der Gemeinde.

Familienname, Vorname(n), Geburtsdatum

Anschrift des Wohnortes (ohne PLZ)

D-Ort, Datum, Unterschrift

Durch die Unterschrift erhält das Anliegen des Einwohnerantrages Zustimmung.

Familienname, Vorname(n), Geburtsdatum

Anschrift des Wohnortes (ohne PLZ)

D-Ort, Datum, Unterschrift

Durch die Unterschrift erhält das Anliegen des Einwohnerantrages Zustimmung.

Familienname, Vorname(n), Geburtsdatum

Anschrift des Wohnortes (ohne PLZ)

D-Ort, Datum, Unterschrift

Durch die Unterschrift erhält das Anliegen des Einwohnerantrages Zustimmung.

Einwohnerantrag - internationales Friedensgebiet, völkerrechtliche Gebietskennzeichnung, bundesstaatliche Fördergelder.

gesetzliche Grundlagen: Gemeindeordnung des Landes, Raumordnungsgesetz §2, Grundgesetz Artikel 28, 70, 72, 79, 116 (2) Satz 2, BGB§ 1, u.a. **Unterschriftenbogen zum Einwohnerantrag mit Anlagen und Anleitung.**

Bitte vollständig und deutlich lesbar ausfüllen! Salvatorische Klausel. Etwaige Fehler oder Mängel in Schrift, Form und/oder Anlagen berühren die Wirksamkeit im Ganzen nicht.

Der unterzeichnende Einwohner unterbreitet dem Gemeinderat folgendes Anliegen zur fristgerechten Umsetzung:

Die völkerrechtlich und international anerkannte Kennzeichnung von Ortschaft und Gemeinde als **Friedensgebiet** mit Grenzsteinsetzungen, neuer Liegenschaft und eigener Grundstücksverwaltung zur Förderung des Gemeinwesens, der örtlichen und regionalen Wirtschaft und zum Wohle der **Allgemeinheit**.

Eine völkerrechtliche und international anerkannte Kennzeichnung von Ortschaft und Gemeinde als **Friedensgebiet** unter Berücksichtigung des Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzip verbindet das **Gemeindegebiet** mit dem **Bundesgebiet**. Die Anbindung des **Gemeindegebietes** als internationales **Friedensgebiet** an das **Bundesgebiet** ermöglicht der Gemeinde bundesstaatliche Leistungen aus unerschlossenen **Bundesmitteln** zu erhalten.

Die neu erschaffene Liegenschaft über die Grenzsteinsetzung mit örtlicher Grundstücksverwaltung sichert zudem die nachhaltige Daseinsvorsorge nach **§ 2 ROG**, öffentliche und private Vermögenswerte und schützt **Privatbesitz** vor Enteignung. Die Kennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde als **Friedensgebiet** eröffnet für die Gemeinde und die Region neue Investitions- und Kapitalmöglichkeiten durch bisher nicht genutzte **bundesstaatliche Fördergelder**.

Begründung: Aktuelle militärische Konflikte und wirtschaftliche Krisen und Konflikte zeigen die Notwendigkeit völkerrechtliche und international anerkannte **Friedensgebiete** allgemein sichtbar und juristisch begehbar zu machen. Das GRUNDGESETZ der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ermöglicht nach **Artikel 28** der selbstbestimmten Gemeinde alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Der **unterzeichnende Einwohner** nimmt hiermit die grundgesetzliche Möglichkeit nach **Artikel 28** in Anspruch und **beschließt** zur Wahrung der **Friedensregelung** nach GRUNDGESETZ **Artikel 79**, zur Förderung der demokratisch pluralistischen Gesellschaftsform, zur Stärkung örtlicher und regionaler Wirtschaft die Ortschaft und Gemeinde als völkerrechtliches **Friedensgebiet** zu kennzeichnen und durch Grenzsteinsetzungen eine neue Liegenschaft (**Grundstück**) zur Selbstverwaltung zu begründen. Die bisherige Gebietskennzeichnung der Gemeinde durch die Ortsschilder wird erweitert durch zweiseitige Ortstafeln mit Gemeindewappen in grüner Schrift auf weißem Hintergrund, mit zweifach Beflaggung an den Ortseingängen und einer dreifach Beflaggung am Rathaus, wie es **Anlagen und Anleitung zum Einwohnerantrag** darlegen. Zur erweiterten Gebietskennzeichnung an den Ortseingängen folgen vier weitere Grenzsteinsetzungen, welche das gesamte **Gemeindegebiet** markieren und damit als die Liegenschaft und das Grundstück der Ortschaft, der Einwohner und Gemeinde kennzeichnen.

Empfangsbekenntnis

Ja, ich stimme dem Anliegen des Einwohnerantrages zu. Mein Hauptwohnsitz liegt in der Gemeinde.

An den Gemeinderat der Gemeinde

Anschrift Gemeindeverwaltung:

Familienname, Vorname(n), Geburtsdatum

Einwohnerantrag eingegangen zum:

Einwohnerantrag angenommen

von (Name, Vorname):

Anschrift des Wohnortes (ohne PLZ)

Unterschrift und Stempel.

D-Ort, Datum, Unterschrift

Durch die Unterschrift erhält das Anliegen des Einwohnerantrages Zustimmung.

Der **unterzeichnende Einwohner** wird vertreten durch folgende drei Vertrauenspersonen: **Familienname**, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift.

1.

2.

3.

Ortsgemeinde

Gemeindeversammlung

Gemeinderat

Ortsbürgermeister

Anlagen und Anleitung

Einwohnerantrag - internationales Friedensgebiet, völkerrechtliche Gebietskennzeichnung, bundesstaatliche Fördergelder.

Die Landesgemeinde wird Bundesgemeinde

gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz Artikel 28, 70, 72, 79, 116 (2) Satz 2,
AGBGB, EGBGB, BGB § 1, Raumordnungsgesetz § 2,
Landesverfassung Rheinland-Pfalz § 1,
Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz § 17,
Landkreisordnung Rheinland-Pfalz § 11d, u.a.

Betreff: Bundesmittel für die Ortsgemeinde und deren Einwohner.

Liebe Ortsgemeinde, werter Gemeinderat,

der im Bundesgebiet öffentlich bekannt gegebene finanzielle Notstand deutscher Gemeinden begründet sich möglicherweise mit fehlenden bundesstaatlichen Fördergeldern aus Bundesmitteln.

Sind alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft die **Ortsgemeinde** über bundesstaatliche Fördermittel innerhalb der Kommune finanziell zu stärken?

Der Gesetzgeber ermöglicht ausdrücklich durch das Grundgesetz die Selbstbestimmung der Gemeinde (z.B. Artikel 28) nach dem Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzip. Das bedeutet, dass jede deutsche **Ortsgemeinde** als kleinste bundesstaatliche Einheit örtliche Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln kann, um z.B. bundesstaatliche Zuschüsse, Fördergelder und Fördermittel zu erhalten.

Obwohl diese *bundesstaatlichen Fördermittel für die **Ortsgemeinde** mindestens eine Verdoppelung des aktuellen Gemeindehaushaltes herbeiführen, bleiben diese Investitions- und Kapitalmöglichkeiten aus staatlichen Bundesmitteln (Sondervermögen) jedoch oft unbenutzt. Möglicherweise entgehen der **Ortsgemeinde** bisher bundesstaatliche Fördergelder?* Um diese staatlichen Bundesmittel für die **Ortsgemeinde** zugänglich zu machen, sind bestimmte gesetzliche Schritte und praktische Maßnahmen seitens der **E i n w o h n e r** und der **Ortsgemeinde** notwendig.

Die genannten staatlichen Bundesmittel stehen unmittelbar in Verbindung mit der völkerrechtlichen und international anerkannten Kennzeichnung von Friedensgebieten für Ortschaften und Gemeinden. Falls der Ortschaft und der Gemeinde solch eine völkerrechtliche und internationale Gebietskennzeichnung fehlt, kann diese durch die Einwohner gesetzlich herbeigeführt werden.

Diese erweiterte Gebietskennzeichnung der Ortschaft verbindet direkt das Gemeindegebiet mit dem Bundesgebiet und führt zur Sicherung bestehender Vermögenswerte, schützt örtliches Privatvermögen (z.B. Einfamilienhaus) vor Enteignung und Zwangsversteigerung und ermöglicht finanzielle Förderung durch staatliche Bundesmittel, welche nach dem Raumordnungsgesetz (ROG) öffentlich und privat im Bedarfsfall eingesetzt werden können.

Um an diese unerschlossenen staatlichen Bundesmittel zu gelangen, können die **Einwohner** die dafür erforderliche Gebietskennzeichnung des Ortes und der Gemeinde gesetzlich über den **Einwohnerantrag** oder durch die Gemeindeversammlung (Legislative) beschließen und damit den Gemeinderat (Executive) mit der Durchsetzung der Gebietskennzeichnung beauftragen. Bestehende Verträge (z.B. mit dem Kreis) bleiben davon unberührt. Damit wird *innerhalb des gesetzlichen Rahmens* die *Landesgemeinde zur Bundesgemeinde*.

Die *bundesstaatlichen Fördermittel der Bundesgemeinde finanzieren nach dem ROG § 2 (2) (3): Sanierung, Modernisierung und Neubauten von z.B. öffentlichen Immobilien (Rathaus, Kindergarten, Hallenbad, Sporthalle, Schulgebäuden), Parkanlagen, Straßen und Gehwege, Gewerbeobjekte oder privat benutzen Einfamilienhäusern.* Des weiteren kann die *Bundesgemeinde* die Grundsteuer, die gesamten öffentlichen und privaten Betriebs- und Nebenkosten, die Instandhaltungskosten für den aktuellen Gemeindebestand oder die allgemeine Gemeindeverwaltung ebenfalls über diese staatlichen Bundesmittel abrechnen lassen.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben spielt bei der Abwicklung und Bereitstellung staatlicher Bundesmittel für die *Bundesgemeinde* eine wesentliche Rolle. Sie ist nach der völkerrechtlichen und international anerkannten Gebietskennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde in den Prozess „von der *Landesgemeinde* hin zur *selbst verwaltenden Bundesgemeinde*“ mit einzubeziehen.

Die **Gemeinde** ist eingeladen durch Selbstbestimmung nach Artikel 28 des Grundgesetzes der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND die örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung zu regeln. Um die genannten *staatliche Fördergelder zu erhalten, muss* die Landesgemeinde über einen *Einwohnerantrag* eine *selbst verwaltende Bundesgemeinde* werden.

Einwohnerantrag

Landesgemeinde oder Bundesgemeinde? Wer erhält Bundesmittel (Sondervermögen)

Gesetzliche Grundlagen

[Grundgesetz Artikel 28, 31, 79, 116 \(2\) Satz 2, u.a.](#)

[Raumordnungsgesetz § 2](#)

[Bürgerliches Gesetzbuch § 1 \(BGB\)](#)

[Einführungsgesetz Bürgerliches Gesetzbuch \(EGBGB\)](#)

Die Gemeindeversammlung ist die [Legislative](#), der Gemeinderat die [Exekutive](#) einer Gemeinde.

Das **Universalitätsprinzip** ist ein allgemeiner Grundsatz im [Völkerrecht](#), nach dem ein Staat innerstaatliche Rechtsfolgen für Tatbestände anordnen kann, die von Ausländern im Ausland erfüllt wurden => GG 116 (2) Satz 2

Subsidiarität ist eine Maxime, die eine größtmögliche [Selbstbestimmung](#) und [Eigenverantwortung](#) des Individuums, der Familie oder der Gemeinde anstrebt, soweit dies möglich und sinnvoll ist.

In der Staatstheorie bedeutet dies, dass der Staat kein Selbstzweck sein, sondern seinen Bürgern und Untergliederungen dienen und durch seinen konkreten Mehrwert gerechtfertigt sein soll.

Er darf also nicht Aufgaben an sich ziehen, die von [Selbstverwaltungskörperschaften](#) (z. B. [Gemeinden](#)), gesellschaftlichen Vereinigungen oder von den Einzelnen selbst genau so gut oder gar besser erledigt werden können.

Die Einwohnerversammlung (Gemeindeversammlung)

Die Gemeinde gibt zu wenig Informationen heraus? Sie wollen ein Thema mit den offiziell Zuständigen gründlich diskutieren? Dann können Sie eine Einwohnerversammlung beantragen. Kommen genug Unterschriften zusammen, lädt die Gemeinde alle Ortsansässigen zu einer Versammlung. Alle haben Rederecht und die Zuständigen können befragt werden.

In Deutschland hat die Gemeindeversammlung grundgesetzlich zwar prinzipiell die gleiche rechtliche Bedeutung, wird in der Praxis jedoch nahezu flächendeckend durch gewählte Vertretungen (**Gemeinderäte**) ersetzt.

Die heutige kommunale Selbstverwaltung ist in [Art. 28](#) Abs. 2 Grundgesetz und in den meisten [Landesverfassungen](#) durch die kommunale [Selbstverwaltungsgarantie](#) geschützt.

Die Gemeinden sind für Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln allzuständig ([Universalitätsprinzip](#)), sie haben ein **Aufgabenfindungsrecht**.

Einwohnerversammlungen sind in den jeweiligen [Gemeindeordnungen](#) von 13 der 16 Bundesländer geregelt, sodass es hierfür keine bundesweit einheitliche Form gibt. Die Ausgestaltung der Einwohnerversammlung unterscheidet sich je nach Bundesland sehr stark. Einige Gemeindeordnungen messen dieser Beteiligungsform eine höhere Bedeutung zu. **Sie ermöglichen beispielsweise die Einberufung durch Unterschriftensammlung und bestimmen Behandlungspflichten der dort gemachten Vorschläge und Anregungen.**

In diesen Ländern können Einwohnerversammlungen eine wichtige beratende Funktion für Gemeindeverwaltung und -politik einnehmen. In anderen Ländern steht hingegen die Unterrichtung der Einwohnerschaft im Vordergrund. *Auf der Ebene der [Landkreise](#) sind Einwohnerversammlungen in keinem Bundesland vorgesehen.*

In Deutschland kann laut Grundgesetz die Gemeindeversammlung an die Stelle einer gewählten Körperschaft treten ([Art. 28](#) Abs. 1 Satz 4 GG). Diese Versammlung – vom Gesetzgeber als „Kann-Bestimmung“ ausgestaltet – entscheidet in einem solchen Fall anstelle einer körperschaftlichen Organisation. Damit können in einem solchen Fall alle Bürger alle Angelegenheiten der [Gemeinde](#) direkt bestimmen.

Bei Gemeindeabstimmungen gibt es [Quoren](#) (Stimmbeteiligung in Prozenten der Wahlberechtigten), an denen ein Bürgerentscheid trotz Stimmenmehrheit der Wähler scheitern kann, wenn die Stimmbeteiligung unter dem Quorum liegt. Als **antragsberechtigte Personen** sind in einigen Gemeindeordnungen auch minderjährige Personen genannt (§41 Abs. 1 KomWG BW, §§19 Abs. 1 Bran, 18 Abs. 1 Satz 1 MeVo, 31 Abs. 1 S. 1 Nds, 25 Abs. NRW, 17 Abs. 1 Satz 1 RhPf, 24 Abs. 1 Satz 1 SachsAn, 16 f Abs. SchlH).

Gemeindegröße Quorum: bis 10.000 Einwohner/innen 3 Prozent* max. 200 Unterschriften mehr als 10.000 Einwohner/innen 1,5 Prozent* min. 200 - max. 2.500 Unterschriften.

Jede Unterschriftenliste muss zwingend den gesamten Wortlaut des Einwohnerantrags beinhalten. Zudem muss der Gegenstand eines Einwohnerantrags in die [Organkompetenz](#) des Gemeinderats fallen und darf nicht den gesetzlich umschriebenen Kompetenzbereich des Bürgermeisters einer Kommune berühren.

Eine **Körperschaft des öffentlichen Rechts** (K.d.ö.R., auch mit KdöR, KÖR oder K.ö.R. abgekürzt) ist eine mitgliedschaftlich verfasste [juristische Person des öffentlichen Rechts](#), die Rechtssubjekt (natürliche Person) kraft [Hoheitsakt](#) ist und öffentliche Aufgaben wahrnimmt. Aufgabenbereiche werden ihr durch Gesetz oder Satzung zugewiesen.

Einwohnerantrag

Landesgemeinde oder Bundesgemeinde? Wer erhält Bundesmittel (Sondervermögen)

Die historischen Wurzeln der [kommunalen] Selbstverwaltung liegen im nachbarschaftlichen und genossenschaftlichen Aufbau der mittelalterlichen Dorf- und Stadtgemeinden. Im Zeitalter des Absolutismus wurde diese Freiheit jedoch zurückgedrängt.

Ein Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts von 2014 stärkt die kommunale Selbstverwaltung, in dem es den Gemeinden das Recht auf eine Schule, die *als historisch gewachsene Gemeindeaufgabe eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft* sei, bestätigt hat.

Mittelbare Landesverwaltung

Mittelbare Behörden der Landesverwaltung sind vor allem die Gemeinden und Gemeindeverbände, aber auch staatlichen Hochschulen und die gewerblichen und berufsständischen Kammern (z. B. Industrie- und Handelskammern), öffentliche Sparkassen und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten.

gesetzliche Grundlagen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene

Gemeindeordnungen der Länder, Grundgesetz Artikel 28, 70, 72, 116 (2) Satz 2, Raumordnungsgesetz,

Fristen: Sie können den Einwohnerantrag jederzeit stellen.

Ausnahme: Richtet sich der Einwohnerantrag gegen einen Beschluss des Gemeinderats, müssen Sie ihn innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntgabe dieses Beschlusses stellen.

Erforderliche Unterlagen:

1. Einwohnerantrag mit Ziel und Begründung,
2. Liste oder Einzelblätter mit den Unterschriften der Einwohnerinnen und Einwohner

Bearbeitungsdauer: Sind alle Voraussetzungen erfüllt, wird die Angelegenheit innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Einwohnerantrags im Gemeinderat behandelt. **Kosten:** keine **Rechtsbehelf:** Widerspruch

Die deutschen Länder als <i>Bundesländer</i> der Bundesrepublik	und die gesetzlichen Grundlagen des Einwohnerantrages an den Gemeinderat in den Gemeinden
Baden-Württemberg §20b der Gemeindeordnung § 41 Kommunalwahlgesetz	Niedersachsen § 31 NKomVG
Bayern Art.18b der Gemeindeordnung, Art. 12b der Landkreisordnung	Nordrhein-Westfalen § 25 der Gemeindeordnung § 22 der Kreisordnung
Berlin (Bezirke) §§ 44 des Bezirksverwaltungsgesetz	Rheinland-Pfalz § 17 der Gemeindeordnung § 11d der Landkreisordnung
Brandenburg § 14 der Kommunalverfassung	Saarland § 21 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes
Bremen Art. 87 der Landesverfassung in Verb. mit § 6 Bürgerantragsgesetz / § 15 der Verfassung Bremerhaven	Sachsen § 23 SächsGemO § 20 SächsLKrO
Hamburg nicht vorgesehen	Sachsen-Anhalt § 25 Kommunalverfassungsgesetz
Hessen nicht vorgesehen	Schleswig-Holstein § 16f der Gemeindeordnung § 16e der Kreisordnung
Mecklenburg-Vorpommern § 18 der Kommunalverfassung	Thüringen § 16 (Kommune) § 96a (Landkreis) der Kommunalordnung §§ 7, 8, 9, 10 ThürEBBG

**Wenn der Einwohnerantrag genug Unterschriften bekommt,
muss der Gemeinderat das Anliegen innerhalb von 3 Monaten behandeln und umsetzen.**

Wissenswertes rund um den Einwohnerantrag

Grenzstein	Flurstücke	Flurstücksgrenzen	Liegenschaft
Grundstück	Grundbuch	Grundbuch 2	Immobilie
Hausnummer	Feldgeschworene	Kataster	Vermessungsämter



5 Grenzstein zur Markierung der neuen örtlich Liegenschaft zu Friedenerhaltung Vermögenssich



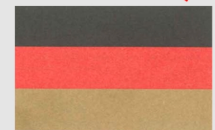
4 Ortstafel
- weißer Hintergrund
- grüne Schrift
- Ortsname und Gemeindename
- Gemeindewappen.



3 völkerrechtliche weiße Friedensflagge + Gemeindewappen



2 Ortstafel nach der STVO.



1 gesetzliche Bundesflagge nach der Anordnung über die deutschen Flaggen von 1996



Grenzsteine und Grenzsteinsetzung zur Markierung von Liegenschaften

Grenzstein

Ein **Grenzstein** (auch **Abmarkung**, **Markstein**, **Markierungsstein**, **Bannstein** oder veraltet **Terme**) ist eine übliche Kennzeichnung von **Grenzpunkten** (**Eckpunkten**, **Knickpunkten** oder **Knotenpunkten**) einer **Flurstücks-grenze**. Grenzsteine werden zur örtlichen Kennzeichnung sichtbar, aber bodenbündig in den Grenzpunkt gesetzt, in der Regel mit einer mittleren Lagegenauigkeit von einigen Zentimetern. Bei Feld- und Waldgrenzen können sie aber auch einige Dezimeter aus dem Boden ragen, um für **Landwirte** beim **Ackern** gut sichtbar zu sein (hier werden meist längere Steine als sonst üblich verwendet). Diese wurden üblicherweise als **Gütersteine** bezeichnet.^[1] In sehr lange **Grenzen** wurden früher so genannte **Läufersteine** gesetzt, meist alle 100 Meter.

Flurstücksgrenze

Mit **Flurstücksgrenze** (engl. *parcel boundary*) wird im **Liegenschaftswesen** und im Bereich der **Katastervermessung** die Abgrenzungslinie eines **Flurstücks** bezeichnet. Diese **Grenze** ist in der Regel durch **Grenzsteine** abgemarkt und kann aus den Maßzahlen des **Katasters** jederzeit wiederhergestellt werden.^[1]

Die Feststellung erfolgt in einem einmaligen **Verwaltungsverfahren**, bei dem von einer öffentlichen Vermessungsstelle die Flurstücksgrenze öffentlich-rechtlich bestimmt und danach bestandskräftig im Liegenschaftskataster nachgewiesen wird.^[2] Die Aufteilung von Flurstücken kann zur Neufeststellung der Flurstücksgrenzen führen.

Die **Eigentumsgrenzen** von **Grundstücken** fallen in der Regel mit Flurstücksgrenzen zusammen.^[3] Flurgrenzen sind immer auch Flurstücksgrenzen.



dreimärker von 1829 auf dem Limes nahe des Großen Feldbergs im Taunus

- Liegenschaft
- Immobilie
- Grundstück

Beachte

- Unterschied zwischen **Flurstücksgrenze**, **Grundstücksgrenze** und **Grenze**
- Unterschied zwischen **Flurstück** und **Grundstück**
- Verbindung zwischen **Liegenschaftskataster**, **Kataster** und **Grundbuch**

- Eine Liegenschaft ist ein Flurstück im Katasteramt und rechtlich der Lebensraum der Allgemeinheit ohne Buchhaltung.
- Ein Grundstück ist eine juristische Person im Grundbuchamt mit Eigentümer und Buchhaltung.
- Eine Immobilie ist eine juristische Person mit Eigentümer und Buchhaltung

- Die Liegenschaft ist Landrecht (*seit 1949 Bundesrecht*).
- Das Grundstück ist Landrecht (*Seerecht*).
- Die Immobilie verbindet die Liegenschaft mit dem Grundstück.

- Das Grundstück spiegelt das Gebiet der Liegenschaft als rechtliche Verwaltungseinheit im Seerecht.
- Die Flurstücksgrenze (Liegenschaftsgrenze) ist die Grundstücksgrenze.
- Die Liegenschaft und das Grundstück sind zwei verschiedene Rechtskapazitäten mit identischem Gebiet.

- Die Liegenschaft ist Teil des deutschen Landrechtes und beinhaltet den ewigen Landfrieden (*früheres Recht*), welches im Bundesrecht (*Grundgesetz Artikel 123*) aufgegangen ist => Bundesrecht bricht Landesrecht (*Grundgesetz Artikel 31*).
- Eine Liegenschaft (*Flurstück*) kann im Kataster in verschiedene Nutzungsarten unterteilt sein, die jedoch keine eigene Buchungseinheit (*Buchhaltung*) mehr darstellen.

- Die Gesamtheit der Grundstücke bilden die Wirtschaftszone „Bundesrepublik Deutschland“ (*WR/DR1919*).
- Die Gesamtheit der Immobilien bilden die Wirtschaftszone „Bundesrepublik“ mit Bundesländern (*DR/Bundesstaaten 1871*)
- Die Gesamtheit der Liegenschaften bilden die deutschen Länder (*deutsche Einzelstaaten mit Verfassungen*) als wirtschaftsfreie Zone **Bundesrepublik Deutschland** (*Staatenbund*).



Historischer Grenzstein von 1860 auf der ehemaligen Grenze zwischen dem Fürstentum Lippe (Lippische Rose) und de

Feldgeschworene

Feldgeschworene wirken in **Bayern**, **Rheinland-Pfalz** und bis Ende 2014 auch in **Thüringen** bei der Kennzeichnung von Grundstücksgrenzen und **Flurstücken** mit. Sie setzen **Grenzsteine** höher oder tiefer, entfernen **Vermessungspunkte** oder ersetzen beschädigte Vermessungspunkte. Als Hüter der **Grenzen**, Mittler bei Grenzstreitigkeiten und **Abmarkungen** in **Gemeindegebieten** arbeiten sie eng mit **Vermessungsbeamten** zusammen.

Es gibt eine Vielzahl von alternativen Bezeichnungen mit teilweise nur regionaler Verwendung. Die bekanntesten sind **Siebener** oder **Siebner** (deren Tätigkeit, die **Siebnerlei**, durch **Steinsetzerordnungen**^[1] bzw. **Siebnerordnungen** geregelt war^[2]), **Landscheider**^[3] **Untergänger** und **Steinsetzer**.

Seit dem 12. oder 13. Jahrhundert gibt es Feldgeschworene. Das Amt des Feldgeschworenen ist eines der ältesten noch erhaltenen Ämter der **kommunalen Selbstverwaltung**.

Außerdem in Bayern gibt es etwa 25.000 Feldgeschworene, davon 15.000 in **Franken** (Stand 2016).

Aufgaben

Aufgabe der Feldgeschworenen ist das aktive Kontrollieren und Abgeben der Gemeindegrenze durch die Bürger, die sogenannte **Grenzbegehung**, d. h. eine Tätigkeit, um eine (Gemeinde-)Grenze zu kontrollieren, freizuhalten oder die Kenntnis über den Verlauf von Grenzen zu vermitteln. Sie wirken durch Kennzeichnung von Grundstücksgrenzen und **Flurstücken** mit, die Besitzverhältnisse und verwaltungsmaße Zuständigkeit des Territoriums zu dokumentieren. Feldgeschworene wachen über die Grenzen.

Die Feldgeschworenen sind zur gewissenhaften und unparteiischen Tätigkeit sowie zur Verschwiegenheit und Bewahrung des Siebenergeheimnisses durch Eidesform auf Lebenszeit verpflichtet.

Zusammenarbeit mit den Vermessungsbehörden

Die Abmarkung wird grundsätzlich von den staatlichen Vermessungsbehörden vollzogen. Die Feldgeschworenen wirken hierbei mit. Durch gemeindliche Satzung kann bestimmt werden, dass bei den behördlichen Vermessungen das Setzen und Entfernen von Grenzsteinen den Feldgeschworenen vorbehalten ist. Die Feldgeschworenen können dabei ihr geheimes Zeichen (Siebenergeheimnis) einbringen. Das für die Abmarkung zuständige Vermessungsamt wird dadurch nicht von der Verantwortung für den richtigen und sachgemäßen Steinersatz befreit.

Grenzbegehung

Auf Anordnung des ersten Bürgermeisters nehmen die Feldgeschworenen Grenzbegehungen vor. Stellen sie dabei Mängel an Grenzzeichen fest, teilen sie dies den Grundstückseigentümern mit. Über Mängel an Gemeindegrenzen wird der Erste Bürgermeister informiert.

Setzen von Siebenerzeichen

Die Feldgeschworenen kennzeichnen die Lage der Grenzpunkte mit geheimen Zeichen. Diese werden auch Unterlagen, Beleg, Zeugen oder Geheimnis genannt. Die Siebenerzeichen sind meist besonders geformte und beschriftete Zeichen aus dauerhaftem Material, wie z. B. gebranntem Ton, Glas, Porzellan oder Metall. Sie werden im Bereich des Grenzsteins in einer bestimmten, nur den Feldgeschworenen bekannten Anordnung ausgelegt. Die Art dieser Anordnung bezeichnet man als **Siebenergeheimnis**. An Form und Lage der Zeichen erkennen die Feldgeschworenen, ob der Stein verändert wurde.

FBek: 8. Siebenergeheimnis

8. Siebenergeheimnis

8.1

¹Die Feldgeschworenen können gemäß Art. 12 Abs. 4 AbsG die Grenzsteine mit geheimen Zeichen (Siebenergeheimnis) unterlegen. ²Beim Einbringen und Untersuchen der geheimen Zeichen sollen nur Feldgeschworene anwesend sein, damit das Siebenergeheimnis gewahrt bleibt.

8.2

Das Siebenergeheimnis wird nur mündlich weitergegeben und ist zeitlebens zu bewahren.

